

Big Business im Dunkeln

Der Ölhandel ist ein profitables Geschäft für diskrete Firmen in Zug und Genf. Oft ist es mit Korruption verknüpft. Das ist ein Imageproblem für die Schweiz.

Von Johann Aeschlimann und Martin Stoll

Der Deal generierte in der Firmensoftware die Nummer 360 455. Gilles C., erfahrener Erdölbroker bei der Genfer Firma Vitol SA, hatte gerade eine Ladung Rohöl gekauft: 950 678 Fass kongolesisches Nkossa.

Tage später verhöckerte Vitol die Ladung nach Philadelphia. Als das Öl am 29. Juni 2005 den Hafen von Djeno, Kongo, im Bauch des Tankers «M/V Nikator» verliess, hatte die Westschweizer Firma ihren Gewinn längst eingestrichen: 200 000 Dollar.

In Brazzaville rieb sich derweil Denis Gokana die Hände. Seine Firma Africa Oil and Gas Corporation (Anschrift: Postfach 14 676, Brazzaville) verdiente am Handel schätzungsweise 3,3 Millionen Dollar. Bezogen hatte der 48-Jährige die Ware von der staatlichen Ölfirma SNPC (Société Nationale des Pétroles du Congo) zu Vorzugskonditionen. Denn Gokana amtiert bei der Staatsfirma SNPC als Direktor, war also gleichzeitig Käufer und Verkäufer.

Für die Ölverkäufe aus Kongo-Brazzaville interessieren sich inzwischen Gerichte in England und den USA. Gläubiger des quasi bankrotten afrikanischen Landes klagen: Ölgeld werde dem Staat entzogen und ende in den Taschen der Staatselite. Brisant: Am Netz der Tarnfirmen wurde aus der Schweiz heraus gestrickt. Nicht nur die Genfer Firma Vitol, auch der Zuger Rohstoffmulti Glencore geschäftete über diese Kanäle.

Der Fall zeigt exemplarisch: Im zunehmend skrupellosen Wettbewerb ums knapp werdende Öl mischen Schweizer Akteure zuvorderst mit. Undurchsichtige Geschäfte mit korrupten Regimes sind verbreitet. Experten warnen vor erheblichen Risiken für den Finanzplatz.

Trotz der grossen Dimension ist die Kongo-Affäre in der Schweiz bis heute unbemerkt geblieben. Spurlos verschwunden sind die 3,3 Millionen Gewinn aus dem Handel mit der Genfer Vitol. Aber das ist ein Klacks. FACTS vorliegende Dokumente zeigen: Die englischen Behörden

ÖLFELD IN AFRIKA:

Staatliche Einnahmen werden in grossem Stil «privatisiert».

gehen davon aus, dass 462 Millionen Dollar staatliche Öleinnahmen Kongos über Tarnfirmen – darunter die Africa Oil and Gas Corporation – privatisiert wurden. In einem Verfahren in New York werden der Pariser Bank BNP Paribas und einem kongolesischen Ölmanager vorgeworfen, «gestohlenen Öl» im Wert von 1,4 Milliarden Dollar in den Handel gebracht zu haben.

Spuren dieses Ölschachers führen an die Rue Charles-Bonnet 4 in Genf. In der Westschweizer Filiale der einflussreichen Zürcher Anwaltskanzlei Froriep Renggli strickte der Jurist Nicolas Junod am Offshorenetz für das verarmte zentralafrikanische Kongo-Brazzaville.

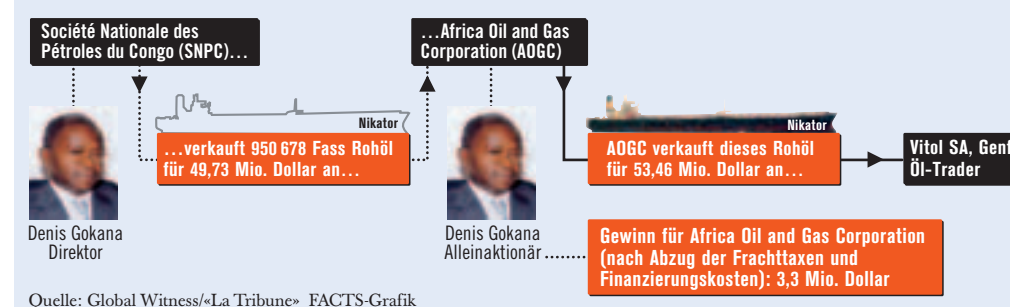
Junods Auftraggeber hiess Denis Gokana, der Mann, der Vitol SA eine Ladung Öl verkaufte. Für ihn entwarf der Genfer

Jurist im Januar 2002 einen Vorschlag zu «Einrichtung und Betrieb einer neuen Handelseinheit». Junod schlug Gokana eine Handelsgesellschaft auf den Bermudas und eine Servicegesellschaft in London vor. Bankkonten sollten laut einem Londoner Gerichtsdokument in Genf, New York oder London eröffnet werden.

Mit einem Fuss steht Junod selber im Rohstoffgeschäft. Der 59-Jährige ist Sekretär der Genfer Ölhandelsfirma Crossoil SA. In der Gesellschaft treffen wichtige Akteure des Afrikageschäfts aufeinander. Manuel Vicente etwa, Chef der staatlichen angolischen Ölvermarktungsfirma Sonangol. Der smarte Manager lenkte ein komplexes Handelssystem, über das die angolische Regierung seit den späten Achtzigerjahren ihren Kampf gegen die aufständischen Unita-Rebellen finanziert hat. Oder Jack Sigolet. Der in der Schweiz niedergelassene Franzose und Ex-Finanzchef des skan-

EIN MANN AUF ZWEI GOLDENEN SESSELN

Der Öl-Chefbeamte Gokana verkaufte seiner eigenen Firma staatliches Rohöl zu Vorzugskonditionen





ROHSTOFFHANDELSMETROPOLE ZUG: Sitz von Glencore, einem der wichtigsten Ölhändler.

dalgeschüttelten französischen Erdölkonzerns Elf-Aquitaine war wiederholt das Ziel von Attentaten.

Zum Kongo-Fall verteidigt sich Rechtsanwalt Junod: «Lediglich zwei Gesellschaften sind auf unsere Anweisung hin geschaffen worden, und zum Teil wurden unsere Instruktionen nicht befolgt.» Glencore schreibt in einer Stellungnahme: Im Kongo-Prozess in London seien ihnen keine Fehler vorgeworfen worden. Man habe zu einem Marktpreis eingekauft. Vitol SA liess Anfragen unbeantwortet.

Schweizer sind häufig beteiligt

Schweizer Rechtsanwälte, Banken und Trader tauchen regelmässig in internationalen Korruptionsverfahren um Ölgeschäfte auf. Im Fall «Kasachgate» etwa sind 120 Millionen Petrodollar auf Genfer Konten blockiert. Geld, mit dem unter anderem der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew bestochen worden sei.

Waffenhandel und Korruption stehen im Zentrum von Ermittlungen, die im Jahr 2000 in Genf geführt wurden. Bei einem

chung stellte fest: Ölhändler und Banken in der Schweiz und in Liechtenstein spielten dabei eine entscheidende Rolle. Die Briefkastenfirmen Fenar und Alcon Petroleum in Vaduz lieferten irakisches Öl an den in Genf operierenden Amerikaner Ben Pollner. Pollner verkaufte den Rohstoff über seine Taurus Petroleum weiter. Über eine malaysische Tochter agierte die Firma Vitol. Mittelsmännern der Zuger Glencore konnten Uno-Ermittler illegale Zahlungen in der Höhe von acht Millionen Dollar nachweisen.

Für das Image der Schweiz sind solche Korruptionsermittlungen verheerend. Sie

Mit der Verknappung von Ressourcen steigt die Korruptionsgefahr.

bringen den Finanzplatz erneut mit «Potentatengeldern» in Verbindung – kaum ist der langjährige Streit um die Millionen des Nigeria-Diktators Abacha ausgeräumt. Klar ist: Im Ölhandel schlummert ein «Reputationsrisiko» für den Finanz- und Handelsplatz Schweiz. Dabei geht es nicht bloss um die Moral, sondern um handfeste Geschäfte: Schlechter Leumund führt zu Verlusten. So sorgte US-Aussenministerin Madeleine Albright Mitte der Neunzigerjahre wegen der Nazigold-Affäre dafür, dass die lukrative Finanzierung im Uno-Programm «Oil for Food» nicht über die Schweizer Banken lief, sondern über die französische Paribas.

Nur zögernd beginnt Bern, das «Risiko Ölhandel» zu erkennen. Dabei fehlt es nicht an warnenden Stimmen: Laut Konfliktforscher Daniele Ganser, Berater des Aussendepartements, gebe es nur noch wenig Erdöl aus konfliktfreien Zonen. Dazu zählt er Öl aus der Nordsee, wo die Produktion jedoch zurzeit einbricht. In anderen Ländern sei das Erdöl eng mit dem «business of war» verstrickt – einem Geschäft, das den Krieg einbezieht, «extrem korrupt und brutal». Mit der Verknappung von Ressourcen werde die Korruptionsgefahr noch grösser, sagt der Basler Strafrechtler Mark Pieth, der für die Uno den «Oil for Food»-Skandal untersuchte: «Unternehmen werden vermehrt mit Korruption versuchen, an Ölrechte zu kommen.» Und der Finanzexperte Daniel Thelesklaf,

einst Chef der Geldwäscherei-Meldestelle des Bundes, warnt: «Ein Chiasso-Skandal im Ölbereich ist nur eine Frage der Zeit.»

Allein die Grösse des Ölhandelsplatzes Schweiz macht erhöhte Risiken deutlich: Täglich wird hier Rohöl für schätzungsweise 600 Millionen Dollar gehandelt. Schwarzes Gold, das den Schweizer Boden nie berührt. Nach London, Houston und Singapur sind Zug und Genf die wichtigsten Ölhandelsplätze der Welt. Wichtiger Player ist der Rohstoffkonzern Glencore aus Baar ZG. Mit 119 Milliarden Franken war er 2005 das umsatzstärkste Unternehmen der Schweiz – deutlich vor Nestlé und Novartis. In der Genferseeregion haben 300 Rohstoffhandelsfirmen und mit ihnen spezialisierte Banken ihren Sitz. Der Genfer Banker Ivan Pictet rechnet, dass ein Viertel der weltweiten Ölgeschäfte über Banken am Lac Léman finanziert werden. Damit habe Genf die Londoner Banken im Ölgeschäft überholt. In der Westschweiz sind die Addax-Oryx-Gruppe und Vitol SA Markführer, vorab im Geschäft mit afrikanischem Öl.

Die Schweiz ist für diese Firmen einerseits wegen der günstigen Steuern interessant – und weil sie hier ungestört arbeiten können. «Man kann in der Schweiz ruhig und diskret sein, und es gibt gute Banken», sagt Conrad Gerber

SCHMIERGELDKONTEN

Wusste CIA von Bestechung? Im grössten Schmiergeldfall der USA ermitteln die schweizerische und die amerikanische Justiz seit Jahren gegen den kalifornischen Geschäftsmann James Giffen. Er soll der Motor eines Kickback-Systems gewesen sein, das die Regierungsspitze Kasachstans mit Schmiergeldmillionen versorgt hat. Im Gegenzug erhielten US-Unternehmen lukrative Öl- und Gasförderrechte. Jetzt überraschte Giffen die Ermittler und Richter mit einer brisanten Aussage: Er habe verschiedene amerikanische Geheimdienste regelmässig über seine Aktivitäten informiert. Trifft dies zu, waren US-Behörden über geheime Genfer Bankkonten im Bild, über welche die kasachische Regierungsspitze geschmiert worden war – zum Vorteil der amerikanischen Wirtschaft.

von der Genfer Unternehmensberatungsfirma Petro-Logistics.

Die Präsenz der Ölhändler in der Schweiz ist auch für die öffentliche Hand lohnend. Eine Studie der Credit Suisse von Anfang Jahr zum Wirtschaftsraum Zug kommt zum Schluss, dass der Rohstoffbranche erneut ein Rekordjahr bevorsteht, «was zusätzliches Geld in die Kassen nicht nur des Kantons, sondern auch des Bundes spülen wird». Der Zuger Finanzdirektor erwartet für das laufende Jahr eine Zunahme der Steuererträge um 8,6 Prozent. Der Bund kassiert mit: 10 Prozent der von Firmen bezahlten Bundessteuern kommen aus Zug.

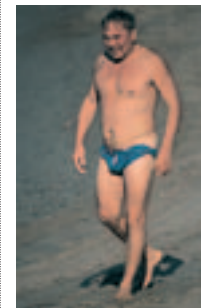
Trader sind eine kleine Familie

Komfortabel leben auch die im Ölhandel Beschäftigten. «Jeder, der an einem Tradingdesk arbeitet, ist sich bewusst, dass er Glück hat, mit von der Partie zu sein», sagt einer der Glücklichen. In den Oiltradinghäusern herrsche ein Klima wie in der VIP-Lounge eines Flughafens: dicke Teppiche, edelste Möbel und mit moderner Sicherheitselektronik ausgerüstete Arbeitsplätze. Ein Trader, der sich bewährt, kassiert ein Jahresalär ab 300 000 Franken. Möglich sind solche Einkommen mit einer simplen Bürolehre. Oft werden die Arbeitsstellen vom Vater an den Sohn weitergegeben. In diese kleine, wohlhabende Familie hat nicht einmal die Erdöl-Vereinigung Einblick, der Verband der Schweizer Öl-Importeure. «Eine sehr diskrete Population», sagt Geschäftsführer Rolf Hartl. Auch in Bundesbern weiss heute niemand, wie viele Schweizer Firmen im heiklen Ölhandel tätig sind – und mit wem sie ihre Geschäfte abschliessen.

Geht es um politisch brisante Auslandsgeschäfte, ist die Regierung in Bern seit jeher blind. Zwischen Aussenpolitik und Aussenwirtschaft steht eine Brandmauer. Historisch belegtes Beispiel: der Umgang mit Apartheid-Südafrika in den Achtzigerjahren. Während der Rest der Welt das Regime in Pretoria mit einem Erdöl-embargo in die Knie zu zwingen suchte, dirigierte Schweizer Händler Tankschiffe voller Öl ans Kap der Guten Hoffnung. Mehrere Profiteure von damals sind noch heute auf dem Markt, darunter der Genfer Ölhändler Vitol und die Marc-Rich-Gruppe, aus der Glencore hervorging. >

SWISS-CONNECTION

Fliesen im Rohstoffhandel Schmiergelder, sind die Beträge hoch – und die Empfänger oft einflussreich.



Nursultan Nasarbajew

Kasachgate

Seit dem 12. Juni 2000 sind auf zwei Genfer Banken total 120 Millionen Dollar gesperrt. Die Spuren des Korruptionsfalls führen zum amtierenden kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew.

Halliburton-Affäre

Über Schweizer Banken sollen 150 Millionen Dollar Schmiergelder für eine nigerianische Gasaufbereitungsanlage geflossen sein. Kassiert hat das Abacha-Regime von der Firma des US-Vizepräsidenten Dick Cheney.



José Dos Santos.

Lohnende Schulden

Die angolische Regierungsspitze, eingeschlossen Präsident José Dos Santos, soll sich an einem über Genf abgewickelten Umschuldungsdeal bereichert haben. 600 Millionen Petrodollars landeten auf den Konten von Mittelleuten und im Umfeld der Regierung.

Millionenbusse nach Selbstanzeige

2003 werden Schmiergeldzahlungen im ABB-Konzern publik: Manager hatten westafrikanischen Beamten 1,1 Millionen Dollar Schmiergelder bezahlt. Nach einer Selbstanzeige wurde ABB von den US-Behörden mit 10,5 Millionen Dollar gebüsst.

Mafia-Connection

Der Ukrainer Leonid Minin betrieb sein Geschäft jahrelang von Zug aus. Er verkaufte über eine Schweizer

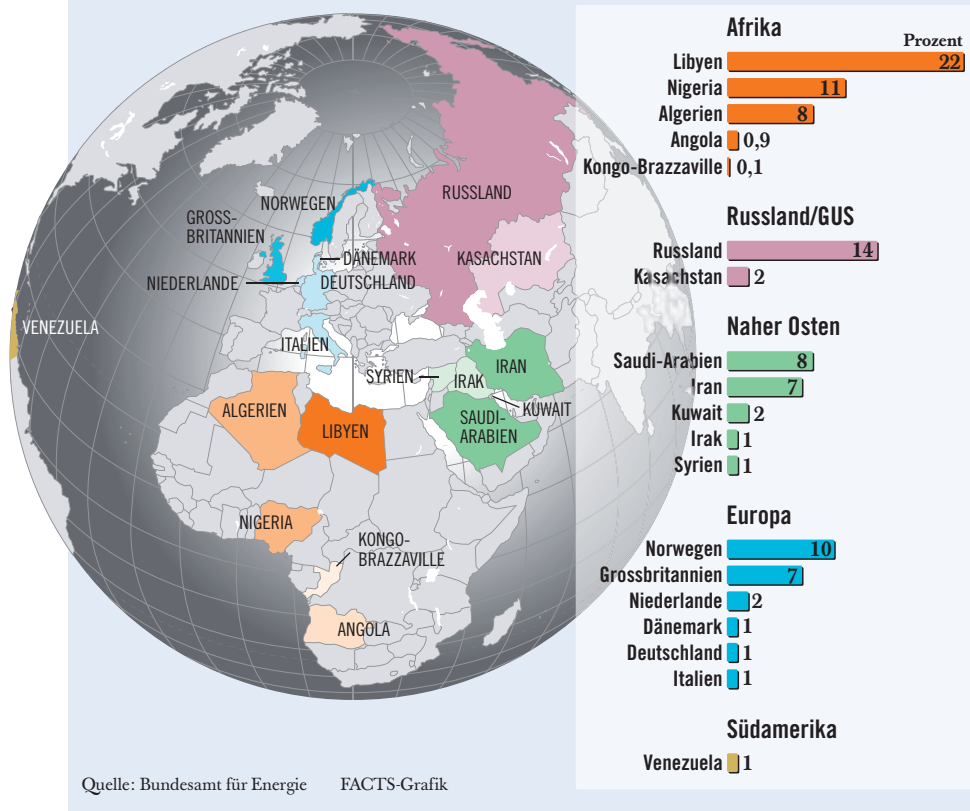


Leonid Minin.

Ölfirma russisches Öl und war mit Liberias Ex-Regenten Charles Taylor wegen Waffen im Geschäft. Italiens Polizei zählt Minin zur Ölmafia von Odessa.

Rohstoff aus trüber Quelle

Das in der Schweiz verbrauchte Benzin und Heizöl stammt zu einem grossen Teil aus politisch instabilen Regionen.



Immerhin: Wenn Druck von aussen droht, spurt heute die Regierung. Als die Uno die Milliarden-Korruption in «Oil for Food» untersuchte, lieferte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit Zustimmung des Bundesrates 170 Bundesordner mit Bankakten über rund 80 Firmen und Einzelpersonen nach New York: einer der grössten Amtshilfefälle je. Die Rücksicht aufs Schweizer Image habe dabei eine wesentliche Rolle gespielt, sagt Seco-Chef Jean-Daniel Gerber: «Deshalb ist die Schweiz nicht auf den ersten Seiten des «Wall Street Journal» und der «Financial Times» erwähnt worden.»

Kongo, Nigeria, Kasachstan, Irak: Wo immer Öl aus dem Boden gepumpt wird, sind Armut, Gewalt, Misswirtschaft und Korruption nicht weit. Die wirtschaftliche Situation von Kongo-Brazzaville ist desaströs. Das erdölkreiche Land muss regelmässig Benzin aus den Nachbarländern einführen. Zwei Drittel der Bevölkerung

leben von weniger als einem Dollar pro Tag, obschon die Regierung letztes Jahr 1,4 Milliarden Ölgeld kassierte. Präsident Sassou Nguesso, nach einem blutigen Bürgerkrieg mit finanzieller Unterstützung des Erdölmultis Elf-Aquitaine an die Macht gekommen, lebt dagegen in Saus und Braus. So zögerte er laut «Sunday Times» nicht, 300 000 Dollar für eine Hotelrechnung hinzublättern – davon 177 000 Dollar in bar, wie vergangenes Jahr bei einer Uno-Konferenz in New York.

Der letzte unregulierte Markt

Trotz Korruptionsgefahr kaufen die meisten Schweizer Ölhändler in Kongo-Brazzaville ein. Ölhandel sei «der letzte unregulierte Markt der Erde», sagt Axel Busch vom Brancheninformationsdienst Energy Intelligence in London. Das Geschäft könne «vollkommen globalisiert» von jedem beliebigen Standort aus betrieben werden. Einziges Einflussmittel:

«Öffentlicher Druck» und gutes Zureden durch internationale Organisationen.

Diplomaten haben dafür einen neuen Ausdruck geprägt: «soft law» – Richtlinien, Empfehlungen, Ehrenkodexe. Uno-Generalsekretär Kofi Annan hat einen «global compact» formuliert. In den Pakt sollen transnationale Firmen eingebunden und auf nachhaltige Entwicklung verpflichtet werden. Die OECD, der Zusammenschluss der Industriestaaten, hat seitensweise Richtlinien über die Rücksicht auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und «gute Regierungsführung» erlassen.

Auch Bern macht in «soft law». Die Menschenrechtsabteilung im EDA veranstaltet Konferenzen und sucht den Dialog mit Banken und Firmen. «Unser Ziel ist,

Das erdölkreiche Kongo-Brazzaville muss regelmässig Benzin einführen.

die Unternehmen zu sensibilisieren», sagt Wolfgang Amadeus Brühlhart vom EDA.

Im Seco versucht eine Amtsstelle, die unverbindlichen OECD-«Leitsätze für multinationale Unternehmen» umzusetzen. Aber der Basler Uno-Ermittler Mark Pieth geht mit der Schweiz hart ins Gericht. Er habe nicht registriert, dass der Bundesrat Lehren aus «Oil for Food» gezogen hätte, sagt Pieth im FACTS-Interview (Seite 32).

Die Korruptionsbekämpfungsstelle des Bundes bekommt jährlich nur fünf bis zehn Hinweise zu Ölgeschäften. Zu «Oil for Food» gingen laut zuständigem Seco-Beamten «keine direkten Hinweise» ein.

In die Karten schauen lassen sich die Ölhändler auch nicht von Journalisten: Fünf von sechs angefragten Rohstoffhändlern, darunter das Baarer Rohstoffhandelsunternehmen Glencore und die in Afrika stark verankerte Addax-Oryx SA, gaben FACTS keine Auskunft über interne Korruptionsrichtlinien. Einzig die in Luzern registrierte Trafigura-Beheer-Gruppe antwortete: «Trafigura hat eine Politik der Nulltoleranz in Bezug auf korrupte Praktiken.» Wenige Tage nach dieser Aussage hat ein US-Gericht den Rohstoffhändler letzte Woche wegen unsauberen «Oil for Food»-Geschäften zu einer Strafe von 19,8 Millionen Dollar verurteilt. ◀

„Ein grosses Rufisiko für uns“

Korruptionsexperte Mark Pieth über die passive Haltung der Schweiz gegenüber Ölhändlern.

FACTS: Schweizer Ölhändler tauchen immer wieder in internationalen Untersuchungen auf. Sie scheinen für die Schweizer Verwaltung kein Thema zu sein.

MARK PIETH: Vor risikoreichen Dossiers hat die Schweiz immer wieder die Augen verschlossen. Bei den Uno-Sanktionsverletzungen im Apartheidbereich oder beim Waffenhandel etwa. Bis das Kriegsmaterialgesetz überarbeitet war, brauchte es einen Fall Bührle und die Von-Roll-Affäre, Kanonen für Südafrika und Waffenlieferungen in den Irak. Wir geben uns naiv, das hat Geschichte. Erst wenn ein mit Händen zu greifendes Rufisiko vor der Haustür steht, wird gehandelt.

Wie gross ist das Rufisiko, das von den Öl-Tradern ausgeht?

Viele Schweizer Ölhändler sind Nischenplayer. Sie springen in Krisensituationen ein. Es ist kein Zufall, dass drei Schweizer Ölhändler im «Oil for Food»-Programm eine wichtige Rolle übernahmen, als Saddam Husseins Schmiergeldsystem der Zusammenbruch drohte. Das ist ein riskantes Verhalten von Schweizer Tradern und ein grosses Rufisiko für das Land. Es besteht Anlass für die Behörden, sich Gedanken zu machen.

Die Schweizer Regierung hat nichts aus der «Oil for Food»-Affäre gelernt?

Bis jetzt habe ich nicht gehört, dass sie sich strategisch mit dem Thema befasst hätte.

Steigt mit dem heftiger werdenden Wettkampf ums Öl die Korruptionsgefahr?

Das Klima verschärft sich weltweit. Potente Marktplayer wie China zeigen beim Ressourceneinkauf wenig Skrupel. Nicht grundlos geht die Rede um vom kalten Krieg ums Öl. Politische Machtspiele sind



Mark Pieth

Der 53-jährige Basler Strafrechtsprofessor ist Geldwäscherei-Experte. Er war eines der drei Mitglieder der «Oil for Food»-Untersuchungskommission der Uno.

bemerkbar. Unternehmen werden vermehrt mit Korruption versuchen, an Ölrechte zu kommen.

Gibt es politisch korrektes Benzin?

Ich habe keine Illusionen mehr. Um ans Öl zu kommen, war bei «Oil for Food» fast jeder Öl-Trader bereit, Schmiergeld zu bezahlen. Skrupel kannten diese Leute nicht. Weil sich in der Raffinerie und der Lagerhaltung Rohöl verschiedenster Herkunft vermischt, muss man davon ausgehen, dass aus Schweizer Zapfsäulen kein korruptionsfreies Benzin fliesst.

Rohstoffhändler sind dem Geldwäschereigesetz nicht unterstellt. Soll sich das mit der Gesetzesrevision ändern?

Das Business der Öl-Trader ist missbrauchsanfällig. Das Geldwäschereigesetz

wäre ein taugliches Instrument zur Vermeidung von Korruption. Es würde Öl-Trader dazu zwingen, ihre Kunden zu identifizieren und bei suspekten Transaktionen anzuzeigen.

Der Rohstoff-Mogul Marc Rich drohte schon mit Wegzug aus der Schweiz, falls sein Geschäft stärker reguliert würde.

Die Schweizer Regierung hat sich verschiedentlich erpressen lassen. Finanzdienstleister drohten in den Siebzigerjahren mit Wegzug, falls ihre Geschäfte im Graubereich nicht toleriert würden. Später hat der Staat mit seiner Flurbereinigung im Bankensektor aber gute Erfahrungen gemacht. Ein Steuerausfall wird klar wettgemacht durch den Reputationsgewinn.

Sind bei Schweizer Öl-Tradern Anti-Korruptions-Richtlinien verankert?

Ich gehe davon aus, dass diese Firmen noch keine genügenden Compliance-Normen gegen die Korruption haben. Sonst würden sich die Trader an Branchenvereinbarungen beteiligen. Dabei hätten sie nach «Oil for Food» allen Anlass, sich konsequente Regeln zu geben.

Ist Glencore, der umsatzstärkste Schweizer Konzern, ein besonderes Risiko?

Mit der Unternehmensgrösse steigt das Risiko. Besondere Vorsicht wäre am Platz. In der «Oil for Food»-Untersuchung konnten wir belegen, dass Agenten von Glencore dem Regime von Saddam Hussein acht Millionen Dollar illegal bezahlt hatten. Die Strafverfolgungsbehörden hier zu Lande müssten bei der Abklärung einer Beteiligung von Glencore eigentlich Hausdurchsuchungen und Befragungen durchgeführt haben. Ob sie dies getan haben? Ich weiss es nicht.

Welche Rolle spielen die Schweizer Banken im internationalen Ölhandel?

Bei «Oil for Food» haben Genfer Banken die Hälfte aller Geschäfte finanziert. Die Banken wissen über die Hintergründe eines Geschäfts oft mehr, als man denkt.

Die Schweiz rühmt sich, bei «Oil for Food» sehr grosszügig gewesen zu sein.

Das stimmt im Prinzip. Der Bundesrat hat allerdings das Beschwerdeverfahren verzögert. Unsere Kommission hatte ihre Arbeit eingestellt, bevor der Bundesrat über die Frage der Aktenherausgabe entschied.

Interview: Martin Stoll